

Uni-Streit um Flüchtlingsdorf in Dahlem

Proteste gegen Flüchtlingscontainer auf Unigelände in Berlin-Dahlem - Konflikt zwischen Senat und FU Berlin.
Entdecke die bröckelnde woke Fassade.

Das geplante Containerdorf für Flüchtlinge auf dem brachliegenden Unigelände an der Thielallee 63 in Berlin-Dahlem sorgt für Unmut und Proteste, insbesondere an der Freien Universität (FU). Die Hochschulleitung fühlt sich übergangen, da sie von den Senatsplänen erst aus der Zeitung erfuhr. Die Uni plant eigentlich den Bau eines Gebäudes für Lehre und Forschung auf dem Gelände. Die FU hatte bereits in der Vergangenheit geflüchteten Menschen geholfen, unter anderem durch die Bereitstellung von Notunterkünften in der Sporthalle der Universität.

Die FU argumentiert, dass sie ab 2023 die Fläche dringend für eigene Bauprojekte benötigt und keine weiteren Unterbringungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Stattdessen schlägt die Universität vor, leerstehende Gebäude der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in der Nähe zu nutzen, die bereits bis 2017 als Flüchtlingsunterkünfte dienten. Berlins Flüchtlingskoordinator Broemme betont, dass das Grundstück für die Flüchtlingsunterbringung genutzt werden kann, solange es ungenutzt bleibt, und fordert eine zeitliche Angabe für den Bau des geplanten Universitätsgebäudes.

Der Senat beschloss Ende März die Errichtung von 16 weiteren Containerdörfern zur Unterbringung von Flüchtlingen. Der Regierende Bürgermeister Wegner betonte, dass zusätzliche Maßnahmen erforderlich seien, da es zu wenig Wohnraum für Flüchtlinge gebe. Die geplanten Standorte für die

Containerdörfer konzentrieren sich hauptsächlich auf den Ostteil der Stadt, was zu einer weiteren Verschärfung des Ungleichgewichts bei der Verteilung von Flüchtlingen in den Bezirken führt.

Der Widerstand gegen das geplante Containerdorf auf dem Unigelände in Steglitz-Zehlendorf sorgt für Kritik im Netz. Einige Nutzer äußern Verwunderung darüber, dass die FU Berlin, die sich für Weltoffenheit einsetzt, Widerstand gegen die Flüchtlingsunterbringung zeigt. Es wird angemerkt, dass die Uni Platz für verschiedene Veranstaltungen und Aktionen bietet, jedoch keine temporäre Unterbringungsmöglichkeit für Flüchtlinge bereitstellen möchte. Dies führt zu Diskussionen über die Glaubwürdigkeit und Toleranz der Universität im Hinblick auf ihre Werte und ihre Rolle in der Flüchtlingsunterstützung.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de